

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1 M.
eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bahlstellen-Anzeigen die
3 gesetzte Kolonel-Seite
50,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von G. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Aenderung des Kaligesetzes.

Die Preiserhöhung, die das Kaligesetz im Vorjahr gebracht hat, hat die Kaliinteressenten nicht befriedigt. Sofort nach Verabschiedung erlöste der Ruf nach höheren Preisen. Bereits unterm 14. Januar dieses Jahres, *b e a n t r a g t* das Kali-Syndikat eine Abänderung des § 20 des Gesetzes über den Absatz von Kali-salzen. Dem Antrag war eine die Lage der Kali-Industrie darlegende Begründung beigegeben. Darin wurde zunächst betont, daß vor Kriegsausbruch die Auslandspreise der Industrie Gewinn-möglichkeiten gesichert, die Inlandspreise seien mit Rücksicht auf die Landwirtschaft immer niedrig bemessen gewesen. Im Jahre 1913 war der Inlandsdurchschnittspreis 12,83 M., der Auslandspreis aber 22,51 M. für den Doppelzentner Kali-KO. Bei der Größe des Auslandsabsatzes habe sich ein Gesamtdurchschnittspreis von 17,26 M. ergeben, das sei ein um 34,5 v. H. höherer Preis, als das Gesetz für den Inlandsabsatz vorschreibt. Seit die Ausfuhr weggefallen, dürfe man die Kali-preiserhöhungen nicht bemessen nach prozentualen Aufschlag auf die früheren Inlandshöchstpreise, sondern man müsse die früheren Gesamtdurchschnittspreise zugrunde legen. Dann ergebe sich, daß im zweiten Kriegsjahr, unter Berücksichtigung aller Preiserhöhungen, der Durchschnittspreis nur um 30 v. H. höher sei, als im Jahre 1913. Es werde kaum eine Industrie geben, die während des Krieges mit einer so geringfügigen Preissteigerung ihrer Erzeugnisse zu rechnen habe. Vor allem werde es keinen Landwirt geben, der jetzt im Durchschnitt für seine Erzeugnisse nur 30 v. H. mehr erzielen als im Jahre 1913.

Dann wird der „Antrag“ des Kali-Syndikats noch begründet mit Steigerung der Preise für Materialien aller Art. Steigerungen bis zum Fünffachen der Friedenspreise, ja noch darüber hinaus, sind da aufgeführt; so das Meter Treibriemen von 2,50 Mark auf 18,50 M. Dann folgen in der Begründung Angaben über die Kosten für Instandhaltungen und Erneuerungen.

Biertens wird auseinandergesetzt, daß im umgekehrten Verhältnisse zu den ständig zurückgehenden Leistungen der Arbeiter immer höhere Löhne gezahlt werden müssen, welche die gesetzlichen Sätze in den meisten Fällen erheblich übersteigen. Arbeitermangel, mangelnde Kohlenversorgung, Mangel an geübten Bergarbeitern und Handwerkern sind weiter als Ursachen dargestellt, die die Verschlechterung der Lage der Industrie veranlaßt haben.

Es wird dann die Aenderung des § 20 gefordert. Die Regierung ließ sich wie alljährlich auch diesmal viel Zeit, bis sie eine Vorlage einbrachte; am 4. Juli gelangte die Vorlage an den mit Arbeiten stark bepackten Reichstag, die Denkschrift kam gar erst am 8. Juli in die Hände der Abgeordneten. Das Kali-Syndikat hatte sie zwei Wochen früher erhalten, so daß in der Ausschusssitzung ein Abgeordneter die boshaftste Frage stellte, ob man es eigentlich mit einer Denkschrift des Syndikats oder einer solchen der Regierung zu tun habe. Die Denkschrift umfaßt 305 Drucks Seiten Großkotav. Eine blanke Unmöglichkeit, ein solches Werk durchzuhauen und für die gesetzgeberischen Zwecke zu herbeiten. Für die späte Vorlage wurden der Regierung von allen Parteien die bittersten Vorwürfe gemacht. Allein die Rückicht auf die Lohnfrage ermöglichte die Veratung und Verabschiedung. Die in der Eingabe des Syndikats aufgestellte Behauptung, die Löhne griffen weit über die gesetzlichen Sätze hinaus, trifft in dieser Allgemeinheit durchaus nicht zu. Vielmehr ist offenkundig ja erwiesen, daß weite Kreise der Kali-Industrie die Lohnsätze plus Teurungszulage als Höchtlöhne angesehen haben, die nicht überschritten werden durften. Dieser durchaus falschen Auffassung schlossen sich verschiedene Schlichtungsstellen an.

Als erstes Ergebnis der Ausschusssitzung ist die Feststellung zu verzeichnen, daß sowohl die Kommission als auch die Regierungsvertreter einstimmig die Löhne plus Teurungszulagen als Mindestlöhne bezeichneten, die überschritten werden können.

Die geltenden Preise, die beantragte Erhöhung des Syndikats, die Preise der Vorlage und die durch den Ausschuss beschlossenen Preissätze ergeben sich aus folgender Tabelle:

Wertes	Kaligesetz	Kaligesetz plus Teurungszulage	Regierung	Wertes plus Teurungszulage
1	2	3	4	5
Karnalit mit mindestens 9% und weniger als 12% K ₂ O in gehäuften Zustand	16,0	22,0	20,0	18,0
für Magnizit mit 12–15% K ₂ O in gehäuften Zustand	18,0	25,0	23,0	20,0
für Düngemalze mit 20–22% K ₂ O	23,0	31,0	28,5	26,0
30–32,5% K ₂ O	23,5	33,0	30,5	28,0
10–12% K ₂ O	25,5	37,5	35,0	32,0
Chloralitum 50–60% K ₂ O	37,0	42,5	41,0	40,0
„schwefelhaltiges“ Kali mit über 50% K ₂ O	40,0	45,0	41,0	41,0
„schwefelhaltige“ Kalimagnesia	43,0	55,0	55,0	55,0
für 1 Prozent Kali (K ₂ O) im Doppelzentner	40,0	53,0	53,0	53,0

Die Lohnfrage hat insfern eine Aenderung erfahren, daß als Grundlage für die Berechnung die Durchschnittslöhne des

letzten Viertels des Kalenderjahrs 1917 festgestellt worden, *e i n s c h l e i c h t* der Teurungszulagen für 1917. Darauf bauen sich die neuen Zulagen auf.

Die Vorlage forderte 2,50 M., 1,50 M. und 1 M. den Tag in den verschiedenen Klassen. Beachtenswert ist, daß ein Mitglied der Kommission, das sich selbst als bei der Kali-Industrie interessiert bezeichnete und an der Abstimmung über die Preise sich nicht beteiligte, die Behauptung aufstellte, die Kali-Industrie habe auch deshalb Arbeitermangel, weil sie zu eng herzig in der Bezahlung verfahren. Wer heute nicht anständig bezahle, habe natürlich Arbeitermangel. Die in der Vorlage aufgestellten Lohnsätze hätten schon im abgelaufenen Jahr gezahlt werden können. Diese Behauptung ist von keiner Seite widerlegt worden.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert als Lohnzuschlag 3 M., 2 M. und 1,50 M., und außerdem 6 M. Kindergeld pro Monat für jedes unter 15 Jahre alte Kind. Dieser Antrag gelangte zur Annahme.

Die sozialdemokratischen Mitglieder beantragten ferner, den kaufmännischen, technischen und sonstigen Werkangestellten Teurungszulagen zu geben und unter §§ 13 und 20a einzubeziehen. Dieser Antrag wurde zurückgezogen zugunsten eines Antrages Gotheim, der für die kaufmännischen, technischen und sonstigen Werkangestellten eine Teurungszulage forderte. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die Wertsabschlüsse aus dem geheimnisvollen Dunkel herausgerückt werden. Der Antrag verlangt, daß der Bundesrat alljährlich dem Reichstag eine Denkschrift unterbreite, aus der die Löhne jedes einzelnen Werkes, seine Abschlüsse und etwaige Quotenverläufe zu erkennen sind. Die Ausführung des Antrages muß dahin führen, daß bei zukünftigen Preis- und Lohnfragen der Reichstag besseres Material und früher zur Prüfung erhält.

Die zweite Veratung stand Freitag, den 12. Juli, auf Tagesordnung. Ein Antrag von Brockhausen und Dr. Börwinkel bezeichnete, im § 20a den Absatz 1 der Regierungsvorlage in jeder her zu stellen. Das heißt die nach dem Kommissionsbeschuß herabgesetzten Kali-preise wieder zu erhöhen. So ein Mitglied der Konserватiven und der deutlichen Fraktion kündigte in aller Form einem sozialdemokratischen Ausschussteilnehmer an, daß bei Ablehnung des Antrages von Brockhausen ihre Fraktionen die Lohnzulagen nach den Beschlüssen des Ausschusses ablehnen und außerdem der Voranhang der dritten Einstellung wider sprechen würden. Für Herabsetzung der Lohnzulagen hätte sich schwerlich eine Mehrheit gefunden. Aber bitterernst war die Gefahr des Widerspruchs. Nach der Geschäftssordnung kann eine sofortige dritte Lesung nur dann erfolgen, wenn niemand wider spricht. Erfolgt aber Widerspruch, dann darf die dritte Lesung nach § 20 der Geschäftssordnung frühestens am zweiten Tage nach dem Abschluß der zweiten Veratung vorgenommen werden. Der Schluß des Reichstags stand für den Sonnabend unwiderruflich fest. Zu einem Zusammentreffen am Montag würde er nicht zu bewegen gewesen sein. Es lag die Gefahr vor, daß die Verabschiedung des Gesetzes bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages im November verzögert würde; das bedeutete: Verschluß der Löhne höchstens für völle fünf Monate. Die unabhängigen Sozialdemokraten wollten eine solche Verzögerung verantworten. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte das aber ab. In deren Namen erklärte Kollege Brey, daß es sehr schwer falle, ein zutreffendes Urteil über die Wirkung der Preiserhöhung zu fassen. Neben den Sachkennern, die behaupteten, die Löhne könnten bei der Preisgestaltung geleistet werden, gäbe es auch durchaus ernst zu nehmende Herren, die für viele Werke groß Schwierigkeiten befürchteten. An deren Urtümen könne man nicht vorbeigehen. Es sei Aufgabe, die Interessen nach drei Richtungen zu wahren: den Arbeitern und Angestellten gerechte Bezahlung, den Verbrauchern in Industrie und Landwirtschaft gute Waren und angemessene Preise, dabei müssen aber auch die Kaliwerke ihr Auskommen finden. Die Sozialdemokratie summe für Herstellung der Preise nach der Regierungsvorlage.

Der Reichstag beschloß dann mit großer Mehrheit die Preise nach der Regierungsvorlage und nahm einen Antrag aller Parteien an, nach dem die kaufmännischen, technischen und sonstigen Werkangestellten, deren Bezüge den Betrag von 6000 M. nicht überschreiten, für die Dauer der Geltung der Krieges erzielten Kali-preiserhöhungen eine Teurungszulage in Höhe von 40 v. H. ihrer Bezüge erhalten. Dienstleistungen über 6000 Mark und auf 8400 M. zu erhöhen. Bereits gewährte Erhöhung sind anzurechnen.

Nach Fassung dieser Beschlüsse war die Sache für die dritte Lesung frei, die sofort vorgenommen werden sollte.

Vom Taylor-System.

Wahrscheinlich wird das Taylor-System als die wissenschaftliche Betriebsführung ausgegeben. Es steht, daß die Methode Taylor aus dem Arbeiter- und Betriebsrat in Amerika entstanden ist und breit verbreitet ist. Die intensive Arbeitsteilung eines gewandten Arbeiters soll als Voraussetzung für jeden anderen Arbeiterviel gelten. Wissenschaftliche Betriebsführung — oder doch einen Teil davon

— könnte man die angewandte Arbeitsweise wohl erst dann nennen, wenn sie nach allen Seiten durchdringt wäre, wenn alle Vor- und Nachteile berücksichtigt worden wären. Das ist aber keineswegs der Fall. So ist die sozialpolitische und volkswirtschaftliche Seite kaum gewürdigt, dagegen tritt das einseitige privatkapitalistische Interesse in schärfster Weise hervor. Ein Produkt der Wissenschaft ist die Stoppuhr, nach der die Höchtleistung eines guten Arbeiters festgestellt wird, zweifellos, wissenschaftlich mag die Berechnung der möglichen Tourenzahl einer Maschine, die Feststellung ihrer Leistungsgrenze und des erzielten Mehrgebiets sein, aber wissenschaftlich ist es nicht, nach den gemachten Ermittlungen nun mehr die Arbeiterschaft abzuheben bis zum äußersten. Als wissenschaftliche Betriebsführung würde ich bezeichnen, in intensivste Produktion aller für die Gesamtheit nötigen Bedarfstatikel v. Zugrundelegung einer Bedarfstatistik und unter höchster Ausnutzung der Technik. Dabei äußerste Schönung der menschlichen Arbeitskraft, der Gesundheit und des Lebens. Mit andern Worten: Steigerung der technischen Leistungen — Verkürzung der Arbeitszeit. Das widerspricht aber dem privatkapitalistischen Grundprinzip: Höchste Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zur Gewinnung von Mehrwert.

In ihrer Nr. 26 nimmt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ das Wort zum Taylor-System. Der Arbeiterschaft soll klar gemacht werden, daß die Unternehmer mit der Einführung der Taylorischen Betriebsweise unter keinen Umständen an eine erhöhte Anspannung resp. Ausbeutung der Arbeitsträger dachten. Ganz im Gegenteil. Hauptfachlich im Interesse der Arbeiterschaft soll Taylorisiert werden. Nur an ihnen selbst wird es liegen, wenn sie dann überhaupt Arbeiter bleiben, statt Beamter zu werden, denn „nicht nur daß der Arbeiter in der Lage wäre, seinen Lohn zu steigern, das System ermöglicht ihm auch, seine Fähigkeiten besser als bisher zur Geltung zu bringen. Es wird angängig sein, daß sich der Arbeiter bis zum Leiter oder Beamter hauptsächlich; das System wird einen bedeutend größeren Beamtenstand als bisher nötig machen, der größtenteils dem Arbeiterschaft entnommen werden müsse, und somit wird sich für manchen fleißigen Arbeiter Gelegenheit bieten, seine Fähigkeiten zur Geltung zu bringen“. Das soll wohl heißen, seine Fähigkeiten als Ausreiber seiner Kollegen? Die Folgen zeigt uns das Prämienystem in der Papierindustrie. Haß und Entartung der Arbeiterschaft unter sich. Mangel an Solidarität, das sind die Früchte. Ganz richtig führt auch die „Arbeitgeber-Zeitung“ weiter aus: „Nach allem wird sich auch die Erfahrungen Taylors leicht erklären können. Er versichert beispielweise, daß unter 50 000 Arbeitern, die in Amerika nach dieser Methode arbeiten, schon in Jahren kein Streik mehr vorgekommen ist.“ Darauf kommt es nebenbei mit ein. Das ist wenigstens ehrlich und offen gesprochen. Keine gleichen Löhne mehr, sondern möglichst verschieden, um die Arbeiterschaft immer reicher zu erhalten, dann gibt es keine Streiks mehr.

Auch durch gutes Zureden versucht die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ihr Taylor-System hinzuzufügen, indem sie schreibt: „Die Arbeiterschaft würde sich aber darüber klar sein, daß wir nach dem Krieg vor gänzlich veränderten Verhältnissen stehen, und daß es unzweckmäßig ist, sich den Zeitvertreib mit einer dritten Einstellung zu unterziehen. Es ist ein dingliches Erfordernis, daß wir alles daransetzen, um auf die eingesetzte Arbeitsergebnisse nicht nur auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, sondern auch möglichst schnell unsere alte Stellung zurückgewinnen.“ Schade, daß die „Arbeitgeber-Zeitung“ bei der Gelegenheit nicht gleich daran erinnert, daß nach dem Krieg auch noch die Löhne abgebaut werden müssen. Erstaunlich ist, daß die „Arbeitgeber-Zeitung“ eingesehen hat, daß es unmöglich ist, sich den Zeitverhältnissen entgegenzustellen. Wenn hierin Einigkeit in der Auffassung besteht, dürfte es in Zukunft leichter sein, solche Fragen, die Arbeiters- und Unternehmereigenschaften berühren, gemeinsam zu lösen. So z. B. auch die Frage der „wissenschaftlichen Betriebsführung“, denn darin hat die Arbeiterschaft eine andere Ansicht als die Unternehmer. Die Arbeiterschaft will den Fortschritt der Technik, sie werden nicht wie die schlechten Leute die neuen Maschinen zertrümmern. Sie erwarten aber auch eine Erhöhung, und nicht erhöhte Ausbeutung. Erstaunlich ist, daß die „Arbeitgeber-Zeitung“ eingesehen hat, daß es unmöglich ist, sich den Zeitverhältnissen entgegenzustellen. Wenn der Zeitisch-Fortschritt — mit dem Deutschland gewiß nicht an leichter Stelle steht — nicht mehr genügt, um der Konkurrenz stand halten zu können, dann danken wir für diesen Fortschritt überhaupt.

Erhöhte Ausbeutung der menschlichen Arbeitsträger in Form verschärfter Anspannung dürfen wir nicht lassen. Eine Maschine, die in der Minute 200 Touren macht, wird früher zugrunde gehen als eine solche mit 50 Touren. Ein Werk das täglich 14 Stunden lang 50 Touren zu ziehen hat, wird früher tot sein als bei einer täglichen Leistung von 6 Stunden und 20 Minuten. Warum soll es mit den Menschen anders sein? Wer mit Hilfe der Stoppuhr das Löhne aus dem Arbeitervielzweig trennt, dann werden selbst die schwächsten Arbeit seine Arbeiten vorzeitig verrichtet, das Durchschnittsalter sinkt, eine degenerierte Bevölkerung folgt, wenn nicht die Arbeitszeit entsprechend verlängert wird, je nach dem Grade der Erwidigung. Bei einer wissenschaftlichen Betriebsführung werden wir deshalb erst dann reden können, wenn der Stand der Technik, der Produktionsbedarf für alle und die verfügbaren Arbeitsträger den Maßstab abgeben für die Intensität der Arbeit und für die Dauer der Arbeitszeit. Dann muß aber der Privatkapitalismus

der Fabrikanten und deren Leben beschützen, so daß „sie ruhig und sicher ihrem Tagewerk“ als Kriegsgewinner nachgehen können, gibt auch diesen einen berechtigten Anspruch auf eine ausreichende Versorgung ihrer Familien aus den „dabei erzielten Überschüssen“. Auch in dieser Frage will die Arbeiterschaft den Worten Taten folgen.

Zu ihren eigenen Vorteil haben es die Unternehmer während der Kriegszeit nicht an Taten fehlen lassen. Sie haben ihre Reihen dichter geschlossen, ihre Organisationen ausgebaut und mit deren Hilfe Preise für ihre Erzeugnisse erzielt, „mit denen sie recht wohl zufrieden sein können“. Die Unternehmer sind mit den Erfolgen ihrer Taten während der Kriegszeit darauf nicht verzichten wollen. Schon rüsten sie zum Angriff für die kommende Friedenswirtschaft. Herr Gobart feuerte seine Männer dazu mit folgenden Worten an: „Wenn aber einmal der Tag anbricht, und wir alle hoffen, daß er nicht allzufern sein möge, an dem die Friedensglocken durchs Land tönen, dann wird für die deutsche Industrie die Zeit der Offensive gekommen sein, und wir werden alle Kräfte anspannen, um Deutschland den Platz in der Weltwirtschaft, der ihm gebührt und der ihm durch den Krieg verloren gegangen ist, wieder zu erobern und wirtschaftlich Anregionspolitik treiben. Möge die deutsche Papierindustrie dann in geschlossener Front in diesen Eroberungskrieg ziehen und nicht der einzelne dem Borden- oder Nebenmann in den Rücken fallen um eines geringen Vorteils willen, wie wir das vor dem Kriege zum Schaden unsres schönen Industriezweiges, auf dessen technische Leistungen wir mit Recht stolz sein können, leider so oft erleben mußten. Wir haben uns während des Krieges weiter und besser organisiert, als es vorher der Fall war, und sind daher bemüht, unsre Organisationen auszubauen.“

Der Offensivgeist der Unternehmer wird nach dem Kriege nicht nur auf dem Waren-, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt zur Geltung kommen. Die Unternehmerhauptlinge befahlen ihrer Gefolgschaft heute schon: „Immer feste druff!“ auf den „Abbau der Arbeitslöhne“. Ihre „Anregionspolitik“ wird auch vor der Vernichtung der Kriegslöhne nicht halt machen, trotzdem an einer wesentlichen Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf Jahre hinaus nicht zu denken ist. Deshalb müssen auch die Papierarbeiter und -arbeiterinnen endlich den Worten die Taten folgen lassen. An Worten ihrerseits hat es während der Kriegszeit auch nicht gefehlt. Sie haben geschimpft über die lange tägliche Arbeitszeit, über die schlechte Entlohnung und über die hohen Kriegsgewinne der Unternehmer, sie haben die Faust in der Tasche gehabt und gestöhnt über die mangelhafte Ernährung und über die oft-mals brutale Behandlung durch Meister und andre Vorgesetzte. Aber sie haben den Mut nicht gefunden, sich ebenfalls wirtschaftlich zu stärken, ihre Berufsorganisation auszubauen, um in der kommenden Friedenszeit für Lohnabschlämpfe bereit und für Offensiven zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gerüstet zu sein. Im Gegensatz zu den Unternehmern ist unter der Arbeiterschaft leider auch während der Kriegszeit noch oftmals „der einzelne seinem Borden- oder Nebenmann in den Rücken gefallen, um eines geringen Vorteils willen“, zum Schaden der gesamten Papierarbeiterchaft. Während die Unternehmer sich „weiter und besser organisiert“ haben, ist ein großer Teil der Arbeiterschaft willens- und tatenlos beiseite gestanden.

Noch ist es auch für die Papierarbeiterchaft Zeit, sich zu organisieren, um nach Beendigung des Krieges zum Kampf gerüstet dazustehen. Wir hoffen, daß auch für sie bald der Tag anbricht, an dem sie zur Erkenntnis kommt, daß sie den starken Unternehmerorganisationen eine ebenbürtige Arbeitersorganisation entgegenstellen muß, damit, wenn einmal die Friedensglocken durchs Land tönen, sie alle Kräfte anspannen kann, um sich den Platz, der ihr gebührt, auf dem Wirtschaftsmarkt erringen, ihn aber auch verteidigen zu können.

G. St.

Nach Bayern?

Im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ (Nr. 24) befaßt sich ein Fachmann mit der Frage der zukünftigen Rentabilität und Betriebsmittelversorgung. Er kommt in seiner Betrachtung zu dem Schluß, daß die Versorgung der Industrie mit Kohlen sich auch in der Zukunft recht schwierig gestalten würde. Besonders billige Kohlen dürften kaum noch zu haben sein. „Das-Schlagnwort: „billige Kohlen“ dürfte aber für alle Zeiten aufgehört haben.“

Die Papierfabrikation braucht deshalb eine neue Betriebskraft. Als solche sieht er die in Südbayern teilweise noch brach liegenden Wasserkräfte an. „Die deutsche Papierindustrie hat also ein erhebliches Interesse daran, ihre Aufmerksamkeit den in Südbayern noch brudelnden Wasserkräften zu schenken und sich in weitgehender Weise auszuhöhere Wasserkräfte zunächst zu sichern. Es ist heute wirtschaftlicher, eine ältere Dampfmaschine stehen zu lassen und den Betrieb dorthin zu verlegen, wo eine verlässige und billige andre Betriebskraft zur Verfügung steht.“

Als genauer Kenner der südbayerischen Wasserverhältnisse stellt sich der Artikelstypen der Papierindustriellen beim Urtage von Norddeutschland nach Südbayern gerne zur Verfügung.

Da in Südbayern tatsächlich noch bedeutende Wasserkräfte brach liegen und auch die Arbeitskräfte im Verhältnis zu verschiedenen Gegenden Norddeutschlands noch billig zu haben sind, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Anregungen dieses Fachmannes, von Norddeutschland nach Südbayern umzuziehen, bei berücksichtigten Papierindustriellen auf fruchtbaren Boden fallen. Unsre Freunde aus der oberbayerischen Papierindustrie werden deshalb gut tun, auch dieser Frage etwas Aufmerksamkeit zu widmen und dafür zu sorgen, daß der Ausbau der Lohnverhältnisse früh genug in Angriff genommen wird.

Förderung der Heimarbeit nach dem Kriege.

Zur Förderung der Heimarbeit nach dem Kriege erhält die „Papierzeitung“ von einem Berufsgenossen aus dem Felde folgende Zusicherung, der auch mir bestätigt zu stimmen kommt:

„Der Krieg hat uns gelehrt, daß die Papierverarbeitung wesentlich zum wirtschaftlichen Durchhalten während des Kriegszeitangs beigetragen hat. Der Beweis dafür kann erst später dargelegt werden. Bei der Anstellung von Kriegsbeschädigten und ihren Familien lassen sich günstige Grundlagen zur vermehrten Heimarbeit in der Papierwarenfabrikation schaffen. Nicht mehr in Gefangenissen und Zuchthäusern sollen später Türen, Beutel, Kartonagen hergestellt werden, nein, von kriegsbeschädigten Fachleuten der Papierverarbeitung und von ihren Familien wird diese Arbeit mit Lust und Liebe geleistet werden. Ein Mann kann sich jederzeit von dem Facharbeiterkreis unter aus dem Papierfach kommenden Feldgrauen und von ihrer Freude über die Fortschritte der Papierindustrie überzeugen, ke bewundert die neuen Erzeugnisse und wollen durch eigene Ideen an den Fortschritt mitarbeiten. Gewiß hofft ein jeder gehand und arbeitsfähig in die Heimat zurückzukehren, aber mancher Papierer ist nur noch für Heimarbeit brauchbar. Bei diese Leute müssen doch erhalten, Berufsschulen entstehen, und hilft dem Fach, denn Fachleute werden auch als Heimarbeiter mehr leisten als frisch angelernte Neulinge. Darum sollen bei Anstellung von Kriegsteilnehmern die Papierwarenfabriken jüngste Fachleute haben. Am Ort seiner früheren Arbeit wird ein Kriegsbeschädigter sich auch als Heimarbeiter als Angehörigen seines alten Betriebs betrachten. Die Heimarbeit kann Millionen gutes An-

kommen und dadurch Segen in die Familie bringen. Buchhändler und Gefängnisinsassen sollen den Boden urbar machen, auf dem später Siedlungen für unsre Krieger entstehen sollen, die Heimarbeit soll nicht wieder diesen Mitbürger zu fürchten haben.“

Soweit die Möglichkeit besteht, Kriegsbeschädigte, die in den Fabriken nur noch schwer beschäftigt werden können, durch Heimarbeit ein Fortkommen zu sichern, ist der Vorschlag annehmbar. Dazu gehört aber eine gründliche Regelung der Heimarbeiterfrage. Neben einer ausreichenden Wohnungsreform, die den Kriegsbeschädigten nicht zwingt, in seinem Arbeitsraume zu schlafen und mit seiner Familie zu leben, muß vor allem auch eine Lohnregulierung Platz greifen, die es dem Kriegsbeschädigten auch ohne Mitarbeit seiner Frau und Kindern ermöglicht, für diese ausreichend zu sorgen. Solange dies nicht der Fall ist, besteht die Gefahr, daß der Kriegsbeschädigte auf die Lebenshaltung eines Buchhändlers herabfällt, vielleicht sogar noch unter diese zu sinken kommt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

17. Verbandstag der Schuhmacher.

Zum zweiten Male während des Krieges kamen die Vertreter des Centralverbands der Schuhmacher Deutschlands zu einem Verbandstage zusammen. Es wurde vom 8. bis 12. Juli in Würzburg in Anwesenheit von 28 Delegierten, Beiratsleitern und Vorstandsmitgliedern abgehalten.

Im Vorstandsvortrag, den Verbandsvorstand Simon erfasste, betonte dieser, der Vorstand habe in den beiden Berichtsjahren eine Fülle von Arbeit geleistet wie selten in einer Geschäftsperiode. Der aufgebrachten Mühs entspreche aber auch der Erfolg. Der Abschluß der Reichsstaatsverträge für Militärschußwert und für Zwischenwert habe große Arbeit beansprucht. Die Lohnhöhung durch die Tarife betrage 10 M. bis 150 Prozent. Der Verband glaube, durch die Annahme des Tarifs den Kollegen einen großen Dienst erwiesen zu haben. Es müsse versucht werden, das Erzielte auch für den Frieden hochzuhalten.

In den Diskussionen über den Geschäftsbericht gingen die Redner fast nur auf die abgeschlossenen Reichsstaatsverträge ein. Es wurde anerkannt, daß sie für einen großen Teil Kollegen Vorteile gebracht haben, aber auch betont, die Tarife brächten nicht das, was die Arbeiter haben müßten, die seitgezehrten Löhne entsprechen nicht den heutigen Verhältnissen. In einzelnen Orten hätte man durch eine Separatbewegung mehr erreicht; nun sei man auf zwei Jahre gebunden. Der Kampfgeist der Kollegen werde durch den Tarif geschwächt. Bedauert wurde, daß über die Gewährung von Ferien nichts verhandelt und daß keine Arbeitszeitverkürzung erreicht worden ist.

Der Verbandstag nahm einstimmig zur Tariffrage eine Resolution an, die besagt, daß der Verbandstag die Bedeutung des Reichsstaats für Zwischenwert für die gesamte Schuhindustrie voll und ganz anerkannt. Der Verbandstag versiegt aber nicht, zu erklären, daß die tatsächlichen Grundlöhne und Lohnzuschläge den tatsächlichen Verhältnissen in vielen Fällen nicht entsprechen. Er bedauert, daß keine weitere Verkürzung der Arbeitszeit erreicht und die Ferienfrage keine Regelung gefunden hat.

Vorstand und Ausschuß wurde Entlastung ertheilt.

Der Verbandstag trat hierauf in die Erörterung der Anträge ein, die die Sperrung der Beiträge an die Generalkommission verlangen. Damit verknüpft wurde die Stellungnahme zur Redaktion des Fachblattes. Zur Begründung der Anträge auf Sperrung der Beiträge wurde auf die allgemeine Kriegspolitik der Generalkommission, auf ihren Beitritt zum Bund für Freiheit und Vaterland, die Teilnahme an der Budendorff-Spende und die Herausgabe des Flugblattes anlässlich des Berliner Streiks verwiesen. Nach den Begehrungen der Anträge kamen mehrere Delegierte zum Wort, die die Anträge aufs schärfste bekämpften. Mit der Sperrung der Beiträge an die Generalkommission würde man der eignen Organisation den größten Schaden zufügen. Die Generalkommission führt auch nur die Beschlüsse der Vorstandskonferenzen aus. Sei auch der Abschluß an den Bund für Freiheit und Vaterland ein Fehler, so darf das aber nicht dazu führen, die Beiträge zu sperren. Die Haltung des Fachblattes fand von diesen Rednern hohe Anerkennung. Das Verbandsorgan sei kein gewerkschaftliches Blatt mehr, sondern eine politische Zeitung, erfüllt von politischer Geschäftigkeit gegenüber der andern Richtung. Im Fachblatt müßten die Interessen der Gewerkschaften und nicht die einer Partei vertreten werden, Verbandsvorsitzender Simon sagte, er könne es verstehen, daß Anträge auf Sperrung der Beiträge geflossen sind, er könne sie aber nicht billigen und sei darum entschieden dagegen. Es werde die Zeit kommen, in der die Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit sei, darum solle man sich nicht trennen. Bei den Kämpfen nach dem Kriege seien die Gewerkschaften mehr als je auseinander angezogen. Die Politik der Generalkommission verurteilte er auf das entschiedenste.

Der Vertreter der Generalkommission, Silberschmidt (Berlin), verteidigte in längeren Ausführungen den Standpunkt der Generalkommission. Redakteur Koch (Gotha) wies die Anträge auf seine Redaktionsführung als nicht berechtigt zurück.

Das Ergebnis der Statutenberatung war, daß der Verbandstag mit 12 gegen 11 Stimmen beschloß, es bei drei Beitragsklassen zu belassen. Die Beiträge würden auf 50 Pf. in der 1. Klasse, 70 Pf. in der 2. Klasse und auf 90 Pf. in der 3. Klasse (bisher 35, 50 und 65 Pf.) festgesetzt. Die Arbeitslohn- und Streikunterstützung wurde erhöht. Je nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsklasse beträgt die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit 80 Pf. bis 2,50 M. pro Tag auf die Dauer von 24 bis 40 Tagen und bei Streiks 2 M. bis 3,50 M. pro Tag. Die Krankenunterstützung bleibt in der 3. Klasse wie bisher, sie wurde besonders in der 2. Klasse erhöht. Diese Unterstützung beträgt 40 Pf. bis 1,10 M. pro Tag. Die Streikunterstützung wird in der gleichen Höhe gewährt wie die Arbeitslohnunterstützung. Umzug- und Sterbehilfsunterstützung bleiben wie bisher.

Bei Festsetzung der Auflagenregelung wurde ein Antrag des Vorstandes auf Erhebung von 1 M. in der 2. und 3. Klasse abgelehnt und bestimmt, daß die Gebühr in allen Klassen 50 Pf. beträgt. Die örtlichen Verwaltungen erhalten von den Beiträgen zur Beförderung der örtlichen Unfosten 7, 10 und 13 Pf. (bisher 6, 9 und 12 Pf.). Die neuen Beiträge treten am 1. Oktober dieses Jahres, die erhöhten Unterstützungen am 1. Oktober 1919 in Kraft.

Der Verbandstag regelte dann noch die Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Angestellten. Den Angestellten, die vom 1. Januar d. J. an eine Leistungszulage von 120 M. erhalten, bekommen vom 1. Juli an eine solche von 150 M. im Monat.

Bezüglich der Unterstützung bei Invalidität und Todessfall von Verbandsangestellten wurde beschlossen, den Angestellten nach jähriger Dienstzeit bei Eintritt von Invalidität ein Ruhegeld in Höhe von 1800 M. zu gewähren.

Im Falle des Todes steht der hinterbliebenen Ehefrau ein Witwengeld von jährlich 1200 M. zu, für die Kinder des verstorbenen Angestellten wird bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ein Witwengeld von jährlich 200 M. gewährt. Witwen- und Witwengeld dürfen in einem Jahr 1800 M. nicht übersteigen. Nach 10-jähriger Dienstzeit beträgt das Ruhegeld 2100 M. und nach 20- und mehrjähriger Dienstzeit 2400 M. Die Unterstüzung für die Ehefrau erhält sich entsprechend. Beim Bezug des Ruhegeldes werden die von der Unterstüzung vereinigten und aus der Angestelltenverjährung gewährten Bezüge in Abrechnung gebracht. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt, ebenso der Ausschußvorsitzende und der Redakteur.

Jubiläum des Federarbeiterverbandes.

Auf ein fünfzigjähriges Bestehen kann der Verband aller in der Leder- und Lederschuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer Deutschlands zurückblicken. Der Verband ist 1863 durch Vereinigung der beiden Organisationen der Gerber und der Lederarbeiter entstanden. Der Lederarbeiterverband bestand schon vor dem Sozialstaatengesetz. Zu Weihnachten 1884, unter der Herrschaft des Sozialstaatengesetzes, wurde der Zentralverband der Gerber und Lederarbeiter gegründet, der im März des folgenden Jahres seine Tätigkeit aufnahm.

Von beide Gerberorganisationen das Sozialstaatengesetz überdauerten, so mag das darin seinen Grund haben, daß ihnen wegen

auch das Fühlen und Denken der Gerbergesellen in die Hände, welche die Arbeiter ander Berufe längst beschritten hatten. Als das Auszugsmeiergesetz gefallen war und sich neues Leben in den Organisationen der modernen Arbeiterbewegung zeigte, wurde auch in den Organisationen der Gerber und der Lederarbeiterverband eine Verschmelzung der beiden Organisationen der Gerber und der Lederarbeiterverband erörtert. Das praktische Ergebnis dieser Diskussion war, daß der Lederarbeiterverband 1892 beschloß, alle in der Lederindustrie Beschäftigten aufzunehmen. Darauf war den Lederarbeitern der Weg zur Verschmelzung geöffnet. Sie beschlossen die Auflösung ihrer Organisation und den Beitritt in den Lederarbeiterverband. Am 1. Juli 1893 nahm die neue Organisation als Lederarbeiterverband ihre Tätigkeit auf. Nach einer Reihe von Jahren schloß sich dann auch der Handschuhmacherverband dem Lederarbeiterverband an. So kann der Verband auf ein Vierteljahrhundert erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit zurückblicken und mit der Hoffnung auf weitere Erfolge der Zukunft entgegengehen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dresden. (Bericht über das 2. Quartal 1918.) Auch im 2. Vierteljahr sind wir wieder ein gutes Stück vorwärts gekommen. Zählten wir im 1. Quartal 13 Bewegungen, so sind es diesmal 17, die für 2238 Beteiligte pro Woche eine Lohnhöhung von 7822,67 M. brachten oder durchschnittlich 3,51 M. mehr pro Person. Vom organisatorischen Standpunkt betrachtet, ist das ein sehr großer Erfolg. Keiner wird dieser, aber wieder mehr als ausgewogener durch die immer noch steigenden Preise für alle Lebensmittel- und Bedarfsgüter.

Schon seither standen die Löhne in seinem richtigen Verhältnis mehr zu den Lebensmittelpreisen, und schon seit einer abormalen Steigerung des Brotes, des Fleisches und der Kartoffeln ein, die für den Arbeiterhaushalt weit über 100 M. pro Jahr beträgt. Die Arbeiterschaft muß sich erneut nach Ausgleich umsehen. Nur eine weitere Steigerung der Löhne kann Abhilfe schaffen, und zwar muß eine wesentliche Lohnhöhung Platz greifen. Rücksicht man die Statistik zu Hilfe, dann können wir feststellen, daß eine Arbeitersfamilie für Nahrungsmittel, und zwar nur für die allernotwendigsten, pro Woche allein circa 62 M. aufzuwenden hat. Wie sind diese Arbeiter, die einen solchen Verdienst aufzuweisen haben? Rechnet man die Ausgaben für Kleidung, Schuhwerk, Miete, Steuern, Schulgeld usw. hinzu, so wird ein Betrag von durchschnittlich 88 M. erreicht. Diese Männer sind für das Notwendigste. Zum Sparen für Seiten der No... ... gar keine Rede sein. Die Arbeiterschaft geht sehr schlechten Seiten entgegen, und zieht man dabei in Betracht, daß die Herren Unternehmer in ihren Zeitungen fortwährend davon reden, nach dem Kriege müssen die Löhne abgebaut werden, sie seien zu hoch, so bleibt der Arbeiterschaft weiter nichts übrig, will sie nicht trotz aller Arbeit verhungern, als sich zusammenzuschließen, sich zu organisieren, um jetzt die Löhne möglichst so hoch zu bringen, wie es den Verhältnissen entspricht, und um später die Verhinderungen, die die Unternehmer planen, abwehren zu können. Daß die Arbeiterschaft auf Dant durch die Unternehmer rechnen kann, ist eine Utopie, gehört ins Reich der Illusionen. Die Unternehmer wollen verdienen, wollen immer noch reicher werden, ob dabei die Arbeiterschaft darbt, das stimmt sie nicht.

Dieser von mir zuletzt angeführte Grundsatz kommt bei fast allen Bewegungen zum Ausdruck. Bei der Millionensfirma Chemische Fabrik v. Heyden in Kadewebei Dresden stellte die Arbeiterschaft die Forderung, die Löhne um 15 Prozent und die Leistungszulage für Männer auf 1,50 M., für Frauen auf 1 M. zu erhöhen. Nach recht langwierigen Verhandlungen bewilligte die Firma 10 Prozent Lohnhöhung für sämtliche Arbeiter und nur für solche Arbeitnehmer, die Männerarbeiter verrichten. Alle übrigen Arbeitnehmer gingen leer aus. Bezüglich der Leistungszulage erhalten die Männer 1,30 M., Frauen 0,85 M. pro Tag. Der Durchschnittsverdienst ist jetzt für Männer 48 M., für Frauen 27,20 M. pro Woche. Auch hier ist es notwendig, zu gegebener Zeit wieder mit Lohnforderungen an die Firma heranzutreten. Diese Firma ist ohne weiteres in der Lage, anständige Löhne zu zahlen, aber anscheinend liegt ihr nicht daran, die nothleidenden Ultimata mit einer recht hohen Dividende zu beglücken, als der Mindestgehalter verdienenden Arbeiterschaft jenes Lohn zu geben, daß diese sich Gott essen kann. In diesem Betriebe muß sich die Arbeiterschaft noch viel besser der Organisation anschließen, als das bisher der Fall war.

Die Arbeiterschaft der Lack- und Farbenfabrik Schmidt u. Hünigen in Köswig forderte eine wesentliche Erhöhung der Löhne. Erst nachdem die Firma vor dem Schlichtungsantritt erscheinen mußte, konnte eine Lohnhöhung von circa 6,50 M. pro Woche für Männer und 4,18 M. pro Woche für Frauen erreicht werden. Der Lohn betrug vor der Bewegung 35,52 M. pro Woche für Männer und 21,06 M. für Frauen.

In der Seifenindustrie führten wir zwei Bewegungen. Bei der Firma Künnemann fanden wir zu einer Verlängerung des Vertrages unter Erhöhung der Stundenlöhne um 7 Pf. pro Stunde.

Recht schwierig gestaltete sich die Bewegung bei Bergmann u. Co. in Kadewebei Dresden. Trotzdem dort die Löhne seit weit zurück waren — Frauen erhielten noch 15 bis 21 M. pro Woche, Männer circa 35 M. —, weigerte sich die Firma, die Forderungen der Arbeiterschaft zu erfüllen. Auch diese Sache mußte beim Schlichtungsantritt anhängig gemacht werden. Herr Bergmann erklärte vor dem Schlichtungsantritt, es sei ausgeschlossen, mehr Lohn zu zahlen, lieber mache er den Betrieb zu. Als er vom Vorsitzenden gefragt wurde, wie eigentlich die Bezahlung für die L.A.-Seite sei, sagte Herr Bergmann: wir werden brillant bezahlt, würden wir nicht so brillant bezahlt, könnten wir auch nicht soviel verdienen. Wir müssen uns nach dem Kriege neue Maschinen anschaffen, deshalb erhalten wir auch eine so brillante Bezahlung. Herr Bergmann wurde dann erklärt, daß die Löhne wesentlich zu erhöhen seien. Auch jetzt sind die Löhne noch lange nicht so, wie sie sein müssen. Bleibt die Arbeiterschaft dem Verbandtreu, dann ist es möglich, allmählich Beleverung zu haben.

In der Tapetenfabrik Koswig sind die Forderungen der Arbeiterschaft von der Firma voll erfüllt worden. Die Männer erhalten jetzt 66,11 M., die Frauen 29,59 M. pro Woche. Die Zulage ist geteilt worden, eine Hälfte wird jetzt Mitte Mai bezahlt, die andre Hälfte wird vom 1. August an gewährt.

